

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, am 21. Juli 2014
GZ. BMF-310205/0117-I/4/2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1632/J vom 26. Mai 2014 der Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die Mittel des Katastrophenfonds werden vom Bundesministerium für Finanzen verwaltet.

Zu 2. und 3.:

Mit der Verwaltung und Betreuung von Angelegenheiten betreffend Katastrophenfonds sind – abhängig vom Arbeitsanfall und der Komplexität der zu beantwortenden Rechtsfragen – im Durchschnitt 1,5 Mitarbeiter bzw. Vollbeschäftigungsäquivalente betraut, sodass die jährlichen Personalkosten mit knapp 100.000,-- Euro geschätzt werden können.

Zu 4.:

Die Verwendung der Mittel wird bei Einreichung der Anträge auf Vollständigkeit, Richtigkeit, Plausibilität und Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen überprüft. Die Überprüfung der Verwendung der Mittel wird zudem vom Bundesministerium für Finanzen

stichprobenweise vor Ort durchgeführt. Zusätzliche Prüfungen erfolgen durch die Landesrechnungshöfe und durch den Rechnungshof.

Zu 5.:

Es wurden Kontrollen in folgenden Bundesländern durchgeführt:

Niederösterreich: 2009

Salzburg: 2010

Steiermark: 2010

Tirol: 2009

Bei diesen Kontrollen wurde keine widmungswidrige Verwendung der Mittel des Katastrophenfonds festgestellt. Angemerkt wird, dass im Zuge der Überprüfungen der gestellten Anträge immer wieder vom Bundesministerium für Finanzen Positionen korrigiert wurden, sodass letztlich geringere Beträge angewiesen wurden als ursprünglich beantragt wurden.

Zu 6. bis 10.:

Das Bundesministerium für Finanzen wurde vom Amt der Salzburger Landesregierung darüber informiert, dass vom Land Salzburg in den letzten Jahren – bei bis einschließlich im Jahr 2012 gestellten Anträgen – zu Unrecht Mittel des Katastrophenfonds beantragt worden waren und in diesem Zusammenhang wegen des begründeten Verdachtes einer von Amts wegen zu verfolgenden gerichtlich strafbaren Handlung Anzeige an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft erstattet wurde.

Da die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft betreffend die genaue Schadenshöhe noch im Gange sind, wurde vom Land Salzburg – unvorgreiflich der Ermittlungsergebnisse seitens der Staatsanwaltschaft – unpräjudiziell ein Betrag in Höhe von 10 Millionen Euro als Rückzahlung akontiert, wobei dieser Betrag im Katastrophenfonds im Jahr 2014 vereinnahmt wurde.

Zu 11.:

Österreich bezahlte in den Jahren 2002 bis 2013 insgesamt 84,3 Millionen Euro an den EU-Solidaritätsfonds (Aufgliederung nach Jahren wie folgt, Beträge in Millionen Euro):


2002:	18,77
2003:	1,92
2004:	0,13
2005:	4,48
2006:	0,56
2007:	9,62
2008:	0,41
2009:	14,11
2010:	6,80
2011:	0,95
2012:	16,84
2013:	9,71

Zu 12.:

Österreich erhielt seit 2002 insgesamt 170,6 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds (Aufgliederung wie folgt, Beträge in Millionen Euro):

2002:	134,0	Flutkatastrophe österreichweit
2005:	14,8	Flutkatastrophe – Tirol, Vorarlberg
2012:	0,2	Flutkatastrophe – Lavamünd
2013:	21,6	Flutkatastrophe österreichweit

Der Bundesminister:
Dr. Michael Spindelegger
(elektronisch gefertigt)

	Prüfhinweis	1541/AB XXV-Gr. Anfragebeantwortung Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://amtssignatur.brz.gv.at/
	Datum/Zeit-UTC	2014-07-25T09:54:05+02:00
Unterzeichner	serialNumber=129971254146,CN=Bundesministerium für Finanzen, C=AT	
Signaturwert	t1B2HgoaYpbL403gHwbemfa05W1CtHmXRAza5h/nQxDlfVAnzLA3nDy4+0qj24o 8hwUnuhPTfdRrq5iOQbQd8uTCv2eb2q/Q26KSd5x6fFyaOypuExpfhEwNvA7Z0I fiq46yk6EkhYjdr+EcVPBj8J8mhCWC5AAslu1y3hi+3ehDNkx7bmO4880aF1gRB 6xEq7SGxYWE1y4S4Bq8UMzleb5kNqCe5lBuSigR506m2FHldYkR+Mw/hAbdyAUG orzymLXd0G+jDKCP55p1qkmZtryC1hXyMQA6wljXjobfPJ191m79IRni0XyXaO EJ89jl0Doy1ihigx/S+wtWog2+Q==	
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A- Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH, C=AT	
Serien-Nr.	956662	
Dokumentenhinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	